Potsdam (hek) Das im Oktober angekündigte Sanierungsprogramm des Bundes für kommunale Sportstätten sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen stößt in Brandenburg nur auf mäßige Resonanz. Insgesamt hat der Fördertopi ein Volumen von 100 Millionen Euro. Allerdings mussten entsprechende Projekte kurzfristig beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eingereicht werden. Zudem können viele Städte und Gemeinden in der Mark die finanziellen Eigenanteile nicht aufbringen.

Städte können sich

Eigenanteil nicht leisten

Die Antragsfrist für das

Investitionsprogramm, das

in den Jahren 2016 bis 2018

greift, läuft bereits am Frei-

tag - einen Monat nach der

Ankündigung – aus. Ein Spre-

cher des BBSR räumt zwar ein,

dass der Zeitraum sehr über-

schaubar ist - allerdings sei

eine "zufriedenstellende Zahl"

von Anträgen eingereicht wor-

den. Für das Förderprogramm

wurde nach seinen Angaben

hinlänglich bei kommunalen

Spitzenverbänden geworben.

In den Rathäusern des

Landes ist man anderer Mei-

nung. "In dieser kurzen Zeit

kann keiner neue Projekte

aus der Schublade holen".

sagt Jan Brunzlow, Sprecher

der Stadt Potsdam. Dort wur-

den immerhin noch drei För-

deranträge abgeschickt. In

Schwedt (Uckermark) sind

es zwei Sporthallen-Projekte. "Wir hätten mehr Bedarf, aber

die Rahmenbedingungen stim-

men nicht", sagt Bürgermeis-

ter Jürgen Polzehl (SPD). An-

dere Kommunen verzichteten

ganz: So hieß es in Oranien-

burg, man warte ab, ob es eine

Neuauflage des Programms

gebe.

(Mit Adleraugen)

"Der Fördertopf ist bekannt, aber die Kommunen haben derzeit andere Sorgen", sagt Karl-Ludwig Böttcher, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Die Unterbringung von Flüchtlingen erfordere sämtliche Kapazitäten. Zudem sei es für notleidende Kommunen ohne Hilfe des Landes unmöglich, sich an dem Programm zu beteiligen.

MOZ Mittwoch, 11. November 201



Wenig Spielräume

Rückbau, Aufbau, Um-bau – angesichts der sich ständig verändernden Förderprogramme können die Stadtentwicklungsexperten in den Rathäusern schon einmal den Überblick verlieren. Jetzt hat der Bund mit einem 100-Millionen-Euro-Topf für kommunale Projekte den Schwierigkeitsgrad erhöht: Innerhalb eines Monats sollen konkrete Vorhaben eingereicht werden. So flexibel sind Verwaltungen dann nun doch nicht.

Obwohl es nach wie vor marode Turnhallen, Schwimmhallen oder Schulen gibt, für die das neue Sanierungsprogramm des Bundes zugeschnitten ist, haben viele Kommunen fast überhaupt keine Spielräume mehr, um diese Mittel überhaupt abzurufen. Denn dafür müssen in den Haushalten entsprechende Eigenanteile freigeschlagen werden. Manche Kämmerer haben allerdings schon große Probleme, die Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Notwendig wären weitere Hilfen des Landes, damit brandenburgische Kommunen im Wettbewerb um Fördergelder wieder stärker mitmischen können. Aber auch die rot-rote Koalition hat nur noch wenig zu verteilen. Es ist ein Teufelskreis, der in naher Zukunft kaum durchbrochen werden. HENNING KRAUDZUN dürfte.

Str

Von '

Pots spe ni äı St

ļi, W 0. ٧ iı ü ŀ. f